



Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Brüssel, den 5. März 2003

PLENARTAGUNG

26./27. FEBRUAR 2003

ÜBERSICHT ÜBER DIE VERABSCHIEDETEN STELLUNGNAHMEN

**Der Volltext aller EWSA-Stellungnahmen ist in den 11 Amtssprachen auf
der Website des Ausschusses unter folgender Adresse abzurufen:**

<http://www.esc.eu.int>

(Rubrik "Documents" auf der englischen und französischen Startseite)

An der Plenartagung am 26./27. Februar 2003 nahm Sir Albert BORE, Präsident des Ausschusses der Regionen, teil.

1. ENTSCHLIESSUNG FÜR DIE FRÜHJAHRSTAGUNG DES EUROPÄISCHEN RATES

– **Referenz: CESE 317/2003**

– **Kernpunkte:**

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss hält in seiner EntschlieÙung für die Frühjahrstagung des Europäischen Rates fest, dass die Lissabon-Strategie bedroht ist.

Aus dem Bericht der Kommission für die Frühjahrstagung des Europäischen Rates betreffend die Lissabon-Strategie zur wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Erneuerung geht eindeutig hervor, dass die Umsetzung der Strategie wie auch der EU-Strategie für eine nachhaltige Entwicklung trotz einiger Fortschritte nur sehr schleppend verläuft. Nach Überzeugung des EWSA ist ein Hauptgrund für den unzureichenden Fortschritt die zögerliche Haltung vieler Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der Strategie. Der EWSA fordert die Mitgliedstaaten, aber auch die Gemeinschaftsinstitutionen, Regionen, Sozialpartner und die Zivilgesellschaft als Ganzes auf, sich stärker für die Erreichung der Lissabon-Ziele einzusetzen.

Für den EWSA sind die in Lissabon gesteckten Ziele nach wie vor gültig. Es müssen Anstrengungen unternommen werden, um das Vertrauen bei den Unionsbürgern wiederherzustellen und zu erreichen, dass sie mit Zuversicht in die Zukunft blicken können. Dazu bedarf es der Einbeziehung der Bürger sowie einer gerechteren Verteilung des durch die moderne Technik hervorgebrachten Wohlstandes und Mehrwertes. Nach Auffassung des EWSA ist es gerade im gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Klima umso wichtiger, dass die EU stärkere Signale aussendet, die die Bedeutung von Fortschritten im Bereich der nachhaltigen Entwicklung unterstreichen.

Die wirtschaftliche Lage hat sich in den vergangenen zwei Jahren verschlechtert. Ohne ein starkes, dauerhaftes Wirtschaftswachstum können die anderen in Lissabon vereinbarten Ziele keinesfalls erreicht werden. Der EWSA unterstreicht daher die Notwendigkeit einer besseren Ausrichtung der Grundzüge der Wirtschaftspolitik und einer zielführenderen Anwendung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, um eine nachhaltige Wirtschaftstätigkeit, die Erhaltung der Kaufkraft des Einzelnen und die Beschäftigung zu fördern.

In Bezug auf die Beschäftigungspolitik unterstützt der EWSA weniger, dafür aber stabilere und zielgerichtete beschäftigungspolitische Leitlinien. Darüber hinaus verweist er auf die Bedeutung der Förderung der Vollbeschäftigung, der Arbeitsplatzqualität und der Arbeitsproduktivität sowie des Zusammenhalts und eines integrativen Arbeitsmarktes.

Der EWSA bringt sein Bedauern darüber zum Ausdruck, dass die nachhaltige Entwicklung, eine der für die Zukunft bedeutsamsten Aufgaben der EU, nach wie vor nicht ganz in die Lissabon-Strategie integriert ist und nicht als übergreifendes Ziel der europäischen Institutionen und der Mitgliedstaaten gesehen wird. Es ist gerade im gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Klima umso wichtiger, dass die EU stärkere Signale aussendet, die die Bedeutung von Fortschritten im Bereich der nachhaltigen Entwicklung unterstreichen.

Der EWSA erinnert daran, dass der Europäische Rat von Lissabon die Unternehmen, die Sozialpartner und die Zivilgesellschaft insgesamt dazu aufrief, aktiv an der Umsetzung der Lissabon-Strategie mitzuwirken. Die Umsetzung dieser Ankündigung in die Praxis ist dem EWSA ein besonderes Anliegen.

- **Ansprechpartner:** *Herr Johannes Kind*
(Tel.: +32/2-546 9111 – E-Mail: johannes.kind@esc.eu.int)

2. NACHHALTIGE ENTWICKLUNG UMWELTSCHUTZ

· *Die Lissabonner Strategie und nachhaltige Entwicklung*

- **Berichterstatter:** Herr EHNMARK (Arbeitnehmer - S)
- **Mitberichterstatter:** Herr RIBBE (Verschiedene Interessen - D)
- **Referenz:** Initiativstellungnahme – CESE 289/2003
- **Kernpunkte:**

Der Bericht der Kommission für die Frühjahrstagung des Europäischen Rates zur Lissabonner Strategie der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Erneuerung verdeutlicht, dass die Umsetzung der Strategie trotz einiger Fortschritte weit hinter den Zeitplan zurückfällt. Mit der Gefährdung der Lissabonner Strategie gerät auch das Konzept der nachhaltigen Entwicklung ins

Hintertreffen. Der Bericht weist auf wachsende Ungleichheiten zwischen den Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der Strategie insgesamt hin.

Der EWSA bedauert, dass die nachhaltige Entwicklung nach wie vor nicht vollständig in die Lissabonner Strategie integriert und nicht als eine der wichtigsten Aufgaben der EU anerkannt ist. Er fordert den Europäischen Rat auf, auf seiner Frühjahrstagung die nachhaltige Entwicklung erneut als übergreifendes Ziel der EU mit Nachdruck zu bestätigen, insbesondere in Anbetracht der Ergebnisse des Weltgipfels von Johannesburg. Die EU hat die Möglichkeit, weltweit eine Vorreiterrolle zu übernehmen. Der EWSA lädt den griechischen und den italienischen Ratsvorsitz dazu ein, die notwendigen operationellen Maßnahmen zu ergreifen und die nachhaltige Entwicklung in den Mittelpunkt der Debatten über die Zukunft der EU zu stellen.

Der EWSA vertritt die Auffassung, dass die Strategie der EU zur nachhaltigen Entwicklung in konkrete Maßnahmen umgesetzt werden muss und verweist darauf, dass insbesondere in den folgenden drei Bereichen Fortschritte erzielt werden müssen:

- Gezieltere Förderung privater und öffentlicher Investitionen in neue und saubere Technologien;
- Verbesserung der Arbeitsqualität;
- Ausweitung der Debatte über Produktions- und Verbrauchsstrukturen, die nicht nachhaltig sind.

Der EWSA schlägt ferner vor, dass auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates das Startsignal für eine in sich schlüssige Aktion zur Verringerung der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern gegeben werden sollte.

- **Ansprechpartner:** *Herr Johannes Kind*
(Tel.: +32/2-546 9111 – E-Mail: johannes.kind@esc.eu.int)

· **Detergenzien**

- **Berichterstatter:** Herr ADAMS (Verschiedene Interessen - UK)
- **Referenz:** KOM(2002) 485 endg. - 2002/0216 (COD) – CESE 282/2003
- **Kernpunkte:**

Der EWSA kann die ernsthaften Bedenken und die Unzufriedenheit zahlreicher europäischer Umweltwissenschaftler bezüglich des Kommissionsvorschlags durchaus nachempfinden und fordert die Kommission und die Detergenzienhersteller – die bei der kommerziellen Entwicklung von Ersatzstoffen für Inhaltsstoffe von Detergenzien mit schädlichen Auswirkungen bzw. weitreichen-

deren ökologischen Sekundärfolgen erhebliche Fortschritte erzielt haben – auf, sich dringend für die Einführung biologisch vollständig abbaubarer ungiftiger Produkte in Verbindung mit einem zielgerichteten Verbrauchererziehungsprogramm einzusetzen.

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss empfiehlt

- die Festsetzung von Methoden zur Prüfung der anaeroben biologischen Abbaubarkeit und angemessener Normen und Grenzwerte;
 - die Förderung des Einsatzes von Tensiden, die rasch biologisch abbaubar sind, ohne eine Belastung durch Umweltgifte hervorzurufen;
 - die Einführung genauerer Prüfmethoden, die eine genauere Überwachung des biologischen Abbaus im Zeitverlauf ermöglichen;
 - ein klares Bekenntnis zum Verbot übermäßig umweltschädlicher Substanzen in Reinigungsmitteln und entsprechende Entscheidungen, die im Einklang mit den neuen Forschungsergebnissen laufend aktualisiert werden;
 - die Verbreitung von Informationen über die Umweltverträglichkeit des gesamten Erzeugnisses (und etwa nicht nur des darin enthaltenen Tensids), beispielsweise durch die obligatorische Angabe des Grades an biologischer Primär- und Endabbaubarkeit gemäß einem verbesserten Prüfverfahren als Prozentsatz auf dem Produktlabel;
 - die Förderung der Verbrauchererziehung zur korrekten Verwendung von Waschmitteln zur Vermeidung einer unnötigen Überdosierung sowie die Förderung der Forschung und Information (durch Etikettierung und Werbung) über eine angemessene Dosierung auch einer Begrenzung des Waschmittelverbrauchs;
 - die Ausweitung der Kriterien für die Verleihung des EU-Umweltzeichens im Rahmen der vorgeschlagenen Vorschrift auf die Angabe der Anzahl der möglichen Waschgänge auf der Verpackung.
- **Ansprechpartner:** *Herr Johannes Kind*
(Tel.: +32/2-546 9111 – E-Mail: johannes.kind@esc.eu.int)

· ***FCKW und Chlorbrommethan (Ozonschicht)***

- **Berichterstatter:** Herr BRAGHIN (Arbeitgeber - I)
- **Referenz:** KOM(2002) 642 endg. - 2002/0268 (COD) – CESE 283/2003

– *Ansprechpartner:* Frau Eleonora Di Nicolantonio
(Tel.: +32/2-546 9454 – *E-Mail:*
Eleonora.DiNicolantonio@esc.eu.int)

3. DIE LISSABONNER STRATEGIE

- *Finanzielle Beteiligung der Arbeitnehmer*

- **Berichterstatter:** Herr SEPI (Arbeitnehmer - I)
- **Referenz:** KOM(2002) 364 endg. – CESE 284/2003
- **Kernpunkte:**

Der EWSA hebt hervor, dass die finanzielle Beteiligung mit den Zielen des sozialen Zusammenhalts und der Wirtschaftsentwicklung übereinstimmt, die sich die europäische Union gesteckt hat, und hält es daher für zweckmäßig, die Bemühungen um Förderung dieses Instruments zu intensivieren, indem die Kenntnisse über dieses Thema vertieft und die derzeit bestehenden Hindernisse festgestellt werden. Diese Bemühungen sollten sich im übrigen nicht auf die multinationalen Großunternehmen beschränken, sondern es sollten auch die spezifischen Erfordernisse der anderen Sektoren wie der KMU, des gemeinnützigen und des öffentlichen Sektors, die einen wichtigen Bestandteil der europäischen Wirtschaft darstellen, berücksichtigt werden.

Nach Auffassung des EWSA stellt die Mitteilung der Kommission einen wichtigen Beitrag zur Neubelebung der Gemeinschaftsinitiative im Bereich der finanziellen Beteiligung und zur Veranlassung der Mitgliedstaaten und sozialen Kräfte, konkrete Maßnahmen zur Förderung ihrer Verbreitung zu ergreifen, dar.

Der EWSA unterstreicht, dass die finanzielle Beteiligung innerhalb des heutigen Systems der "corporate governance" der europäischen Unternehmen und hinsichtlich des möglichen Beitrags betrachtet werden muss, den sie zur Förderung des Wachstums und der Transparenz der europäischen Unternehmen leisten könnte.

- **Ansprechpartner:** *Herr Pierluigi Brombo*
(Tel.: +32/2-546 9718 – E-Mail: pierluigi.brombo@esc.eu.int)

4. FORSCHUNG

- ***Europäischer Forschungsraum – neue Impulse***

- **Berichterstatter:** Herr WOLF (Verschiedene Interessen - D)
- **Referenz:** KOM(2002) 565 endg. – CESE 288/2003
- **Kernpunkte:**

Der EWSA empfiehlt, neue Maßnahmen der Forschungsförderung, Koordinierung, Vernetzung oder Integration, und deren Zeittakt den delikaten Funktionsbedingungen exzellenter Wissenschaft und Forschung anzupassen. Ferner empfiehlt der EWSA, in Fördermaßnahmen und Regelwerken die mit Mobilität verbundenen Belastungen zu berücksichtigen und zu kompensieren, so dass daraus keine Nachteile entstehen sondern sogar ausreichend Anreize geschaffen werden.

Der EWSA unterstützt nachdrücklich die Schaffung eines "Europäischen Gemeinschaftspatents".

Darüber hinaus unterstützt der EWSA alle Maßnahmen, die eine Selbst-Koordinierung der Forschungsinstitutionen und ihrer Akteure auch auf europäischer Ebene fördern. Eine Koordinierung durch die Kommission selbst sollte sich auf jene thematischen Zielsetzungen und apparativen (Großgeräte, Infrastrukturen) Notwendigkeiten konzentrieren und beschränken, für welche eine derartige, über die einzelnen Mitgliedstaaten hinausgehende Koordinierung tatsächlich von Nutzen oder erforderlich ist.

- **Ansprechpartner:** *Herr Nemesio Martinez*
(Tel.: + 32/2-546 9501 – E-Mail: nemesio.martinez@esc.eu.int)

- ***Forschung – Hin zu 3% des BIP***

- **Berichterstatterin:** Frau SIRKEINEN (Arbeitgeber - FIN)
- **Referenz:** KOM(2002) 499 endg. – CESE 278/2003
- **Kernpunkte:**

Der EWSA unterstreicht, dass insbesondere in Zeiten eines verlangsamten Wirtschaftswachstums das Geld, das in F&E fließt, nicht als Ausgabe, sondern als Investition zu betrachten

ist und dass die angestrebten Ziele – Wettbewerbsfähigkeit, Wirtschaftswachstum, Beschäftigung, ein hohes Umwelt- und Gesundheitsschutzniveau und eine ausgewogene, nachhaltige Entwicklung – nur mit mehr Wissen, mehr F&E und mehr Innovation zu erreichen sind. Ferner vertritt der EWSA den Standpunkt, dass die Kommission angesichts der notwendigen tief greifenden Änderungen ein überzeugenderes Argumentationsmuster wählen und die Mitgliedstaaten stärker in die Pflicht nehmen sollte, und schlägt vor, dass die Regionalfinanzierung und die sonstige finanzielle Unterstützung für die Beitrittsländer in F&E fließen sollten. Der EWSA hält die Überwindung der Grenzen und Barrieren für die Zusammenarbeit und Netzwerkarbeit für wichtiger als eine umfassende Koordinierung von oben nach unten und spricht sich für die Umsetzung der Vorschläge der Kommission insbesondere zur Überarbeitung der für die F&E-Finanzierung geltenden Regelungen über staatliche Beihilfen aus.

- ***Ansprechpartner:*** *Herr Nemesio Martinez*
(Tel.: +32/2-546 9501 – E-Mail: nemesio.martinez@esc.eu.int)

5. VERBRAUCHERSCHUTZ

• *Verbraucherpolitische Strategie*

- **Berichterstatterin:** Frau DAVISON (Verschiedene Interessen - UK)
- **Referenz:** KOM(2002) 208 endg. – CESE 276/2003
- **Kernpunkte:**

Der Ausschuss begrüßt die Mitteilung der Kommission zur verbraucherpolitischen Strategie 2002-2006. Er spricht sich zwar für die größtmögliche Harmonisierung aus, ist jedoch der Ansicht, dass der Verbraucherschutz auf höchstem Niveau erfolgen muss. Die Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr muss zügig umgesetzt werden, um den Verbraucherschutz auch in diesem Bereich zu gewährleisten. Der Ausschuss unterstützt ferner eine effizientere Anwendung der bestehenden Bestimmungen sowie die Zusammenarbeit zwischen den damit beauftragten Behörden. Darüber hinaus plädiert der Ausschuss für die Einbeziehung des Verbraucherschutzes in weitere einschlägige Politikbereiche der Europäischen Union einschließlich des Bildungsbereichs.

- **Ansprechpartner:** *Herr João Pereira dos Santos*
(Tel.: +32/2-546 9245 – E-Mail: joao.pereiradosantos@esc.eu.int)

6. GESUNDHEIT UND SICHERHEIT

• *Drogenausgangsstoffe*

- **Berichterstatterin:** Frau LE NOUAIL MARLIÈRE (Arbeitnehmer - F)
- **Referenz:** KOM(2002) 494 endg. - 2002/0217 (COD) – CESE 277/2003
- **Kernpunkte:**

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss unterstützt die eingeleiteten Maßnahmen und befürwortet eine einheitliche Anwendung des einschlägigen Gemeinschaftsrechts, um jegliche Abzweigung von Ausgangsstoffen zur Herstellung von unerlaubten Suchtstoffen zu verhindern.

- **Ansprechpartner:** *Herr Nemesio Martinez*
(Tel.: +32/2-546 9501 – E-Mail: nemesio.martinez@esc.eu.int)

• *Amtliche Überwachung von zum menschlichen Verzehr bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs*

- **Berichterstatter:** Herr DONNELLY (Verschiedene Interessen - IRL)
- **Referenz:** KOM(2002) 377 endg. - 2002/0141 (COD) – CESE 281/2003

- **Ansprechpartner:** *Frau Eleonora Di Nicolantonio*
(Tel. : +32/2-546 9454 – E-Mail:
Eleonora.DiNicolantonio@esc.eu.int)

7. VERSICHERUNG

- ***Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung***

- **Berichterstatter:** Herr LEVAUX (Arbeitgeber - F)
- **Referenz:** KOM(2002) 244 endg. - 2002/0124 (COD) – CESE 287/2003
- **Ansprechpartner:** *Herr João Pereira dos Santos*
(Tel.: +32/2-546 9245 – E-Mail: joao.pereiradosantos@esc.eu.int)

- ***Versicherungsanforderungen/Luftfahrt***

- **Berichterstatter:** Herr SANTILLAN CABEZA (Arbeitnehmer - E)
- **Referenz:** KOM(2002) 521 endg. - 2002/0234 (COD) – CESE 280/2003
- **Ansprechpartner:** *Herr Luis Lobo*
(Tel.: +32/2-546 9717 – E-Mail: luis.lobo@esc.eu.int)

8. BILDUNGSWESEN

• *ERASMUS WELT (2004-2008)*

- **Berichterstatter:** Herr RODRÍGUEZ GARCÍA CARO (Arbeitgeber - E)
- **Referenz:** KOM(2002) 401 endg. – CESE 285/2003
- **Kernpunkte:**

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss begrüßt den Vorschlag.

Die Mobilität von Studenten, die an europäischen Hochschuleinrichtungen studieren wollen, hat nach Auffassung des EWSA eine Dimension, die über den Rahmen des Vermittelns und Erwerbens von Wissen in mehr oder weniger neuartigen und grundlegenden Bereichen hinausgeht. Sie umfasst nämlich auch eine menschliche Dimension des Lernens, des Austausches und des Zusammenlebens, die im Laufe der Jahre zu einem wesentlich besseren Verständnis und Vertrauen zwischen den Heimatländern der Studierenden und der EU führen kann.

Maßnahmen zur Förderung der Rückkehr der geistigen Elite sind wichtig, um einen kulturellen und fachlichen Braindrain von Ländern zu verhindern, die dieses gut ausgebildete Humankapital dringend benötigen.

Des Weiteren vertritt der EWSA die Ansicht, dass die Hochschuleinrichtungen vollkommen frei über die Kriterien zur Gestaltung der Masterstudiengänge entscheiden können sollten. Gleichwohl hält er es für erforderlich, den Sprachenreichtum der Union zu erhalten und so weit wie möglich nicht der Tendenz zur sprachlichen Vereinfachung unter dem Vorwand einer höheren Effizienz nachzugeben.

Der EWSA hat in seinen Stellungnahmen wiederholt auf die Bedeutung der Integration von Behinderten hingewiesen. Er fordert deshalb die Kommission, den Rat und das Europäische Parlament auf, in diesem Programm Haushaltsmittel vorzusehen, die zur Verwirklichung des Integrationsziels beitragen.

- **Ansprechpartner:** *Herr Alan Hick*
(Tel.: +32/2-546 9302 – E-Mail: alan.hick@esc.eu.int)

9. BÜRGERRECHTE - JUSTIZ

• *Entschädigung für Opfer von Straftaten*

- **Berichterstatter:** Herr KORYFIDIS (Arbeitnehmer - GR)
- **Referenz:** KOM(2002) 562 final - 2002/0247 (CNS) – CESE 286/2003
- **Kernpunkte:**

Der EWSA ist im Großen und Ganzen mit dem Richtlinienentwurf einverstanden.

Doch sollte die vorgeschlagene Richtlinie seiner Auffassung nach auch folgende Aspekte beinhalten:

- Unter die Straftaten im Sinne der Richtlinie sollten nicht nur die gegen das Leben, die Gesundheit und die körperliche Unversehrtheit gerichteten kriminellen Handlungen fallen, sondern auch kriminelle Akte, die gegen die psychische Gesundheit gerichtet sind.
- Es sollten im Detail die Zuständigkeiten der Unterstützungsbehörden und der Entschädigungsbehörden beschrieben und eine Vereinfachung der Verfahren für die Zusammenarbeit zwischen diesen Behörden vorgesehen werden, in dem Anliegen, den bürokratischen Aufwand zu senken und es den Bürgern der Mitgliedstaaten zu erleichtern, die Rechte auszuüben, die ihnen die vorgeschlagene Richtlinie zuerkennt.
- Die Möglichkeit für die Opfer von Straftaten, Vorschusszahlungen in Anspruch zu nehmen, sollte ausgebaut werden.
- **Ansprechpartner:** *Frau Susanne Johansson*
(Tel.: +32/2-546 9619 – E-Mail: susanne.johansson@esc.eu.int)

10. ENERGIE

- ***Kraft-Wärme-Kopplung***

- **Berichterstatter:** Herr BUFFETAUT (Arbeitgeber - F)
 - **Referenz:** KOM(2002) 415 endg. - 2002/0185 (COD) – CESE 279/2003
 - **Ansprechpartner:** *Herr Siegfried Jantscher*
(Tel.: +32/2-546 8287 – E-Mail: siegfried.jantscher@esc.eu.int)
-